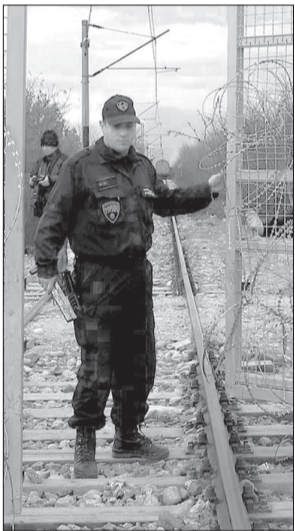


Mehr Flüchtlinge sollen abgeschoben werden

Die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung will dieses Jahr die Zahl der Abschiebungen deutlich steigern; vergangenes Jahr belief sie sich bereits auf über 80.000 Personen. Von der „Willkommenskultur“ zur Abschiebung: Die ersten Familien und Flüchtlinge aus Afghanistan, die im Raume Barmstedt seit mehr als zwei Jahren relativ gut integriert leben, haben Bescheide zur Vorbereitung ihrer Abschiebung erhalten.



Das ist unmenschlich und eine Verarschung der in der Flüchtlingshilfe engagierten Barmstedter zugleich. Um die Abschiebungen rechtlich durchsetzen zu können, hat die Bundesregierung Afghanistan zum „sicheren Herkunftsland“ deklariert. Beinahe 16 Jahre nach dem Beginn des NATO-Kriegs gegen Afghanistan und der unter starker deutscher Beteiligung durchgeführten Besatzung herren in dem Land katastrophale Verhältnisse. In nahezu allen Regionen herrscht weiterhin Krieg und Elend. Die Zahl der afghanischen Flüchtlinge wird von den Vereinten Nationen aktuell auf über 1,5 Millionen geschätzt – mit steigender Tendenz. Ein für Ende Juni geplanter Abschiebeflug wurde ausgesetzt, weil auf die deutsche Botschaft in Kabul ein „sicherer“ Bombenanschlag, mit über 90 Toten und mehr als 400 Verletzten, verübt worden war.

Schulkinderbetreuung an der Grund- und Gemeinschaftsschule:

Hauptsache billig

Die Schulkinderbetreuung für rd. 30 Kinder an der Grund- und Gemeinschaftsschule übernimmt im neuen Schuljahr der Schulverein. Der Kindergarten „Rasselbande“ hat die Betreuung aufgrund der unzureichenden räumlichen Verhältnisse gekündigt. Damit die berufstätigen Eltern nicht ohne Betreuungsangebot dastehen, ist der Schulverein als Träger eingespungen. Er erhält von der Stadt einen Zuschuss für Anfangsinvestitionen von 6.000,- Euro sowie eine Defizitabsicherung von bis zu 2.000,- Euro lediglich im ersten Jahr. Einen Änderungsantrag der BALL-Fraktion, der dem neuen Träger im Rahmen der bewilligten Konzeption Sicherheit über einen vollen Defizitenausgleich wie bei den Kindergärten gewährleisten sollte, lehnten CDU, FWB, SPD und Grüne ab. [Noch krasser: Im Schulausschuss hatte CDU-



Stadtvertreter E. R. Sass zuvor sogar – vergeblich – beantragt, dass der Schulverein die Gelder

nur als Darlehen erhält und über die Elternbeiträge wieder hereinholen sollte.]

In der Schule soll jetzt ein Klassenraum ständig für die Betreuung genutzt werden können.

Dies kann aus Sicht der BALL auch nur ein Provisorium sein. Notwendig ist die Schaffung angemessener Räumlichkeiten, die zudem eine Erweiterung des Betreuungsangebots ermöglichen. Weiterhin erwartet die BALL, dass perspektivisch ein mit pädagogischer Arbeit erfahrener Träger gefunden wird, der eine fachliche Leitung sowie entsprechendes Fachpersonal stellt. Die BALL kritisierte deutlich, dass ausschließlich Mini-Jobberinnen mit 10,- Euro Stundenlohn ohne tarifliche Absicherung beschäftigt werden: das sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Zudem fehlt bei den Elternbeiträgen eine Sozialstaffel, und die vorgesehenen Betreuungszeiten nur bis 15 Uhr sind zu kurz.

Barmstedter Linke Liste:

Die Schulkinderbetreuung muss heraus aus dem Schattendasein und endlich als wichtige Aufgabe eine entsprechende Wertschätzung und Unterstützung durch Stadt und Schule erhalten.

HSH: 16 Milliarden Euro Steuergeld futsch!

Das große Schweigen

Am 13. Juni hatte die BALL zu einer Veranstaltung zu diesem leidigen Thema eingeladen.

Norbert Weber, Mitarbeiter der Bürgerschaftsfraktion der Hamburger Linkspartei und Kenner der Materie, informierte über die Geschichte der Bank und den Stand der Dinge. Egal, ob die Bank letztendlich gemäß EU-Vorgabe verkauft wird oder „abgewickelt“ werden muss: Die Zeche für die hochriskanten Finanzgeschäfte der HSH in Höhe von geschätzt rund 16 Milliarden werden die Steuerzahler sowie die betroffenen Bankbeschäftigten zahlen müssen.

Interessant sind hier die Ausführungen im Koalitionsvertrag der neuen SH-Landesregierung. Dort sind einige unterstützungswerte Vorhaben aufgeführt, die sehr viel Geld kosten werden. Und so heißt es im Vertrag: „Dabei ist zu berücksichtigen, dass ...die Folgewirkung der Altlasten der HSH Nordbank stetig angepasst und gegebenenfalls aufgestockt werden muß“ ...

„Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen können



nur umgesetzt werden, wenn die dazu notwendigen Mittel zur Verfügung stehen bzw. durch strukturelle Ausgabekürzungen und/oder Einnahmesteigerungen erwirtschaftet werden“.

Der Landeshaushalt für 2017 beträgt knapp 16 Milliarden Euro. Wenn allein der Anteil von Schleswig-Holstein am HSH-Defizit ca. 8 Mrd. betragen wird – was soll denn da alles gekürzt

werden?

Unser Land steht vor dem größten Haushaltsdebakel seiner Geschichte mit noch nicht absehbaren Folgen für die Bürgerinnen und Bürger. Und die Koalitionäre hüllen sich in Schweigen. Man kann sich alternativ leicht vorstellen, dass mit 8 Mrd. Euro den hochverschuldeten Gemeinden wie Barmstedt erhebliche Finanzhilfen hätten

zukommen können.

Interessant auch die Haltung der FDP und ihres Vorzeigemannes Wolfgang Kubicki. Im Wahlkampf hatte er kein gutes Haar an den Entwicklungen der Bank gelassen und noch für die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses geworben. Jetzt heißt es im Koalitionsvertrag nur noch: „Wir behalten uns vor, nach Verkauf bzw. der Entscheidung über die Abwicklung einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank einzurichten.“

So schnell kann man seine Meinung relativieren.

KURZINFOS:

Neuer Kindergarten an der Dusterlohe

Lange Wartelisten vor allem für Krippenplätze, ca. 20 auswärts untergebrachte Kinder, doch endlich geht es voran: Der Sozialausschuss der Stadt sprach sich jetzt dafür aus, dass im neuen Baugebiet an der Dusterlohe ein neuer Kindergarten mit drei Krippengruppen sowie einer Kita-Gruppe untergebracht wird. In der Beschlussfassung zum Bebauungsplan 72b muss dies noch abgesichert werden, was bei Teilen der FWB-Fraktion zunächst auf Ablehnung stieß. Jetzt muss die Stadt sich auf die Suche nach einem Träger machen oder ggf. selbst die Trägerschaft übernehmen. Die BALL-Fraktion wird dies bis zum guten Ende weiter begleiten.

Sozialwohnungen:

Bei der Aufstellung des neuen Bebauungsplanes an der Dusterlohe (B 72b) plädierten, angesichts immer mehr fehlender Sozialwohnungen, die Stadtvertreter der Grünen, der SPD und der BALL im Bauausschuss dafür, dort Flächen für den Bau von Sozialwohnungen mit einer entsprechend dichteren Bebaubarkeit vorzusehen.

Unbefristete Jobs:

Die BALL-Fraktion – so die Ankündigung auf der Juni-Stadtvertreterversammlung – wird sich bei den künftigen Stellenplänen für Stadt und Stadtwerke prinzipiell für die Schaffung unbefristeter Stellen einsetzen.



Waffenexporte abwählen!

Carlo Schmidt, führender Sozialdemokrat, forderte bei der Verabschiedung des Grundgesetzes 1948 im Parlamentarischen Rat, dass Deutschland nie wieder Kanonen bauen sollte – weder für sich selbst, noch für andere. Wir alle wissen, dass es anders gekom-

zehnte kontinuierlich fortgesetzt. Und wenn der Export von einzelnen Waffen einmal nicht genehmigungsfähig war, wurde eben eine komplette Fabrik im Abnehmerland gebaut.

Unter der CDU/SPD-Koalition mit Angela Merkel und den Ministern Gabriel (Wirtschaft) und Steinmeier (Außenpolitik) wurde der bisherige Höhepunkt erreicht: Die deutschen Rüstungskonzerne sind zum drittgrößten Rüstungsexporteur in der Welt aufgestiegen und hatte mit 7,86 Milliarden Euro im Jahr 2015 den Rekord erreicht. 2016 ist der Export von einigen Rüstungsgütern, wie z.B. Zielgeräte, gesunken. Wieder einmal gestiegen ist aber der Verkauf von Kriegswaffen (z. B. Panzer und Raketenwerfer) und „Kleinwaffen“ (z. B. Maschinen-

gewehre) und Munition. Insgesamt war 2016 das Jahr mit den zweithöchsten Exporten in der Geschichte der Bundesrepublik.

Und ohne Skrupel wird auch an Diktaturen und in Krisengebiete geliefert: so in den Nahen Osten, nach Saudi-Arabien und nach Katar. Fachleute schätzen, dass alleine durch Gewehre der Fa. Heckler & Koch seit Ende des 2. Weltkrieges über eine Million

Menschen ihr Leben verloren haben.

Waffenhandel sichert Arbeitsplätze? Diese immer wieder geäußerte Meinung ist Quatsch. In der Rüstungsindustrie arbeiten nur 0,2% der Beschäftigten. Diese Menschen könnten statt Panzer und Gewehre besser Kinderkarussells bauen.



men ist. Gleich nach Gründung der Bundesrepublik hat die Regierung unter Adenauer (CDU) alles daran gesetzt, wieder eine Rüstungsindustrie aufzubauen. Dabei wurde auch vor illegalen Mitteln und Geheimaktionen nicht zurück geschreckt. Dieses Vorgehen hat sich über Jahr-

Aktion Aufschrei - Stoppt des Waffenhandel

Unter der Schirmherrschaft von Prof. Dr. Margot Käßmann wurde eine Initiative gegen den Waffenhandel ins Leben gerufen. Diese Initiative ist sehr unterstützungswert. Nähere Informationen gibt es unter www.aufschrei-waffenhandel.de.



Die Wahlprüfsteine 2017 der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!

Was können Sie als Bürgerin und Bürger tun?

Erkundigen Sie sich in Ihrem Wahlkreis bei den Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Bundestag 2017 nach deren Haltung zu deutschen Rüstungsexporten. Stellen Sie ihnen die aufgeführten Fragen:

- Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich

verboten und dieses Verbot in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes festgeschrieben wird?

■ Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe ein, um die unkontrollierte Produktion und Weiterverbreitung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern zu unterbinden?

■ Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein Verbot von staatlichen Bürgschaften für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, damit nicht weiterhin Rüstungsexporte durch Steuergelder abgesichert werden?

Der Papst hat Recht

Wer Waffen herstellt oder in die Waffenindustrie investiert, kann sich nicht ernsthaft als Christ bezeichnen – das meint zu mindest Papst Franziskus. Bereits mehrfach hatte sich der Papst kritisch über die Kriegs- und Rüstungsindustrie geäußert. So nannte er die Rüstungskonzerne „Händler des Todes“, und er meinte die Rüstungsindustrie verewige den Krieg, um Gewinn zu machen. Wo er Recht hat, hat er Recht. Wird er jetzt alle „Christen“, die für die weltweit bei weitem größte Kriegsindustrie – den militärisch-industriellen Komplex der USA – tätig sind, aus der Kirche rausschmeißen? Oder vielleicht fängt er bei den „Christen“ an, die in der BRD für die Rüstungsexporte verantwortlich sind?

Banken und Finanzmafia plünderten Staatskassen

32 Milliarden geraubt



Mehr als 100 verdächtige Banken, u. a. Commerzbank, Hypo-Vereinsbank, LBBW, und eine Gruppe Investment-Banker haben durch sogenannte Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte dem Staat laut dem NDR-Magazin „Panorama“ und der „Zeit“ mindestens 32 Milliarden Euro geraubt.

Bei Cum-Cum-Geschäften hilft eine inländische Bank einem ausländischen Investor dabei, eine Steuererstattung zu kassieren, auf die dieser keinen Anspruch hat. Bei Cum-Ex-Geschäften wird eine Steuer einmal abgeführt und mehrfach vom Finanzamt zurückgefordert. Ein Netzwerk aus kriminellen Ban-

ken, Beratern, Anwälten und reichen Investoren ließ sich also Steuern erstatten, die nie bezahlt wurden.

Die „Tagesschau“ spricht Anfang Juni vom größten Steuerkandal in der Bundesrepublik. Inzwischen befassen sich ein Untersuchungsausschuss und die Staatsanwaltschaft mit dem

kriminellen Treiben. Finanzministerium und Finanzaufsicht hätten bereits vor 15 Jahren gegen die Betrügereien vorgehen müssen. Damals war Steinbrück (SPD) Finanzminister. Er reagierte auf die Hinweise, indem er vom Bundesverband der deutschen Banken (!) ein Gesetz entwerfen ließ, das der Finanzmafia ermöglichte die Betrügereien über das Ausland weiter zu führen. Finanzminister Schäuble (CDU) ließ den Beutezug weitere fünf Jahre bis 2016 zu. Steinbrück (SPD) und Schäuble (CDU) „haben Mitschuld an milliardenschweren Steuerverlusten. Geld, das uns heute für Kitas, Schulen und Krankenhäuser fehlt. Das größte Wirtschaftsverbrechen der Nachkriegsgeschichte muss Konsequenzen haben...“, heißt es in der Zeitschrift „ver.di publik“. Mindestens 32 Milliarden Steuerraub: das sind anteilig für die Barmstedterinnen und Barmstedter mehr als 4 Mio. Euro oder ein neuer Kindergarten, eine neue Feuerwehrtube und eine neue Stadtbücherei oder auch 30 Sozialwohnungen.

Meierei/Käsefabrik

Lärmmessungen überfällig

Die Anwohnerinitiative „Mut zur Vernunft“ trat 2015 mit der Forderung nach Erstellung aktueller Lärmgutachten bezüglich des gestiegenen Betriebsstätten- und LKW-Lärms an die Stadtvertretung heran. Ausgangspunkte für die Forderung sind die rund

laufenden Kühlaggregaten.

Auf Antrag der BALL-Fraktion wurde Anfang 2016 im Umweltausschuss der Stadt darüber beraten, ob ein Lärmgutachten in Auftrag gegeben werden soll. Die Ausschussmitglieder einigten sich zunächst darauf, einen Sachverständigen mit der Prüfung der alten Gutachten und Messberichte zu beauftragen. Der Umweltausschuss sollte dann die Ergebnisse auswerten und über das weitere Vorgehen entscheiden. Die Stellungnahme des Sachverständigen lag Ende Mai zur Beratung vor.



Helmut Welk

um die Uhr auftretenden tieffrequenten Brummgeräusche, die in den Wohngebieten um die Meierei/Käsefabrik zu hören sind. Außerdem haben die Anwohner bei Verkehrszählungen feststellen müssen, dass auf dem Firmengelände täglich über 350 LKW-Bewegungen stattfinden. Dies ist verbunden mit Verladegeräuschen, Rangieren, Motorleerläufen, Türeenschlagen, Bremsentlüftungen und Motorneustarts. Im Bereich der LKW-Waage, die sich direkt vor den Wohnhäusern in der Mühlenstraße befindet und auf der die LKW's vor und nach der Beladung gewogen werden, entsteht zusätzlicher Lärm wie Aufrücken in der Schlange und Warten mit Motorleerlauf und

Sowohl bei den Problemen mit den Brummgeräuschen als auch den LKW-Bewegungen auf dem Firmengelände kommt der Sachverständige zu dem Ergebnis, dass in den bisherigen Gutachten der Lärm nur anhand theoretischer Rechenmodelle oder durch – aus seiner Sicht – unzureichende Messungen ermittelt wurde. Seine Empfehlung an den Umweltausschuss ist die Durchführung neuer Lärmmessungen.

Das Thema soll jetzt in Anwesenheit des Gutachters im nächsten Umweltausschuss nach den Sommerferien weiter beraten werden.

CDU/CSU/SPD beschließen:

Staatstrojaner

Die Totalbespitzelung der Bundesbürger durch die US-Geheimdienste (NSA) in Zusammenarbeit mit dem BND geht weiter. Die große Koalition hat die Vorratsdatenspeicherung beschlossen, die gerade vom europäischen Gerichtshof für unzulässig erklärt wurde. Aber das reicht der CDU/CSU/SPD-Koalition nicht und so beschlossen sie Ende Juni im Blitzverfahren, dass zukünftig auf Computer und Handys der „Staatstrojaner“ eingeschleust werden kann: Heimlich können die Ermittlungsbehörden eine Schadsoftware auf private Computer, Laptops, Handys und Tablets, ebenso auf Messengerdienste wie WhatsApp einschleusen, um diese auszuspähen einschließlich der gesamten Festplatte. Das Hinterhältige gegenüber der Öffentlichkeit: Das Bespitzelungsgesetz wurde in letzter Sekunde in einem Gesetz mit verdecktem Namen („Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens“) untergebracht. Die LINKEN und die Grünen sowie zwei SPD-Bundestagsabgeordnete, so Marco Bülow, kritisierten massiv das Überwachungsgesetz. Dieser sagte u. a.:

„Es ist eines der weitreichendsten Überwachungsgesetze in der Geschichte der Bundesrepublik. Vor allem: Das Vorhaben wird ohne öffentliche Debatte – still und fast heimlich – und gegen alle Urteile des Bundesverfassungsgerichtes verabschiedet.“



Dr. Günter Thiel

Versteckt in einem Gesetz, ohne namentliche Abstimmung und ohne ausreichende parlamentarische oder gesellschaftliche Debatte... Und jetzt wird ein so weiterreichendes Gesetz heimlich verabschiedet, damit keine Debatten aufkommen... Viele haben anscheinend nicht begriffen, wie stark wir damit unsere freiheitliche Demokratie einschränken. Terrorismus dient immer mehr als Begründung, wenn die Freiheit der Bürger eingeschränkt werden soll. Mittlerweile sind dem Staat alle Bürger verdächtig. Es gibt bei der Sicherheit kein Genug. Auf jede neue Regelung folgt eine weitere Forderung nach mehr Daten, mehr Kameras, mehr Überwachung.“